

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
 Drucker und Verleger: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Abzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Verhandlungen, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehrsverehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebermittlung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das allerjüngste übermittelt.

Die Redaktion.

Deutschland.

△ Berlin, 30. März. Die gestrige Sitzung des Reichstages wurde vier Stunden. Da außer dem Reichskanzler auch Graf Posadowski, der Reichsgerichtspräsident, an der Beratung Theil genommen hat, so werden auch Reichsangelegenheiten zur Verhandlung gekommen sein. Wie einem hiesigen Blatte berichtet wird, beschäftigt die preussische Regierung, dem Reichstage einen Teil der geplanten erweiterten Organisation der Staatsbahnen-Verwaltung noch in der laufenden Tagung in Form eines Gesetzesentwurfs betreffend die Entlastung oder Zuständigkeitsstellung von Eisenbahnbeamten zur Befehlsgewalt zu unterbreiten. Die ganze Organisation soll am 1. April 1895 ins Leben treten. Schon jetzt soll für die entberstlichen werden Arbeitskräfte Sorge getragen werden, damit die Zukunft der in Frage kommenden Beamten nach den bei den Landesbehörden üblichen Grundregeln gesichert werden kann.

Antwortsend an die Vorschläge des Bundes der Landwirthe zur Abänderung des Gesetzes für den Verkehr mit Ergrasungsmitteln für Futter, den der Bund durch die Wirtschaftliche Vereinigung dem Reichstage unterbreiten will, schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“, es dürfte mit Berücksichtigung davon Notiz genommen werden, daß damit ein handgreiflicher Beweis vorliegt, daß der Bund der Landwirthe versuchen wolle, mittelst praktisch durchführbarer Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Landwirtschaft mitzuwirken.

Die Verträge mit der Gepäckerleichterung bei der Infanterie bestimmten Anfang Mai und sollen nach Schluß der diesjährigen Herbstübungen enden. Die Verträge werden bei zehn Bataillonen aus zehn Armeekorps gemacht. Ersparn an Gewicht sollen bei der selbstausschüttenden Ausrüstung des Infanteristen fünfzig Kilogramm werden, so daß die Gesamtbelastung des Infanteristen 26,135 Kilogramm, die niedrigste unter allen Armeen, betragen würde.

△ Berlin, 30. März. In Berliner diplomatischen wie sonstigen Kreisen wird es mit Genugthuung begrüßt, daß Staatsrath Tarnowski, der bekanntlich die Verhandlungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag russischerseits leitete, dauernd der Volkskraft in Berlin zugekehrt worden ist.

Wie die „Kreuztg.“ wissen will, sei vom Finanzministerium eine Novelle zum Braunkohlengesetz ausgearbeitet worden, die der jetzigen Session des Reichstages vorgelegt werden sollte. Auf Wunsch des Reichstages sei die Vorlage aber bis zum Herbst zurückgestellt worden, da zur eingehenden Beratung derselben jetzt die Zeit mangle. Die „Kreuztg.“ meint dazu, die Angelegenheit sei jedoch im Interesse des Brennstoffgewerbes so dringlich, daß sogar eine außerordentliche Session anberaumt werden müßte. Am nachhaltigsten könnte der Lage des Brennstoffgewerbes nur durch ein Kohlenmonopol aufgehoben werden, wogegen, so schreibt die „Kreuztg.“, im jetzigen Reichstag freilich keine Aussicht vorhanden sei.

In einem Leitartikel nimmt heute Abend die „Nordd. Allg. Ztg.“ die gestern von der Berliner Stadtverordneten-Versammlung beschlossene Erhöhung des Gemeinde-Einkommensteuerzuschlages von 100 auf 105 Prozent zum Anlaß, um darzutun, die gestrigen Verhandlungen hätten einen bemerkenswerten Reflex auf das steuerpolitische Verhalten der demokratischen Freunde der Stadtverordneten in Staat und Reich gewonnen. Sogar

im Reichstage nicht andere Parteien bessere finanzpolitische Einsicht bekundeten, werde nichts übrig bleiben, als die erforderlichen Mehrbeträge durch Matrukulumlagen aufzubringen. Daraus könnte sich dann eine Erhöhung der Einkommensteuer in Preußen um vielleicht 30 Prozent, die aber wahrscheinlich besonders die unteren Klassen treffen werde, entwickeln.

Generalstabarzt Dr. v. Coler nimmt nicht, wie ursprünglich gemeldet wurde, an dem medizinischen Kongress in Rom Theil, sondern es ist dies in Vertretung des deutschen Reiches der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Köhler.

— Aus Abbazia, 30. März, wird gemeldet:

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich verlieh Kapitän Koch den Orden der Eisernen Krone zweiter Klasse, mit der der Freiherrnstitel verbunden ist. Lieutenant Ruckel erhielt das Offizierskreuz des Franz-Josef-Ordens. Zu dem Feste auf dem „Motte“ mit neben den Spitzen der Behörden nur österreichischer Adel geladen. Unter am Faltrepp standen die Hienentants Fährer und Durchführer, der Kommandant Kapitän zur See Koch stellte dem Kaiser Franz Josef die Offiziere vor. Die Ehrenwache befehligte Lieutenant Meinardus. Beide Kaiser schritten die Fronten der Mannschaften ab, Kaiser Franz Josef äußerte sich wiederholt über deren Aussehen und Haltung. Unter dem Festzelt standen die geladenen Damen und Herren in zwei Reihen gefonbert. Der Kaiser Franz Josef kamte sie alle, den deutschen Majestäten stellte die Hofdame Gräfin Keller die Damen, Freiherr v. Wirsbach die Herren vor. Sie gehörten sämtlich zu den alten Adelsgeschlechtern, die in der Geschichte Oesterreichs eine Rolle gespielt haben, so die Palffy, Odescalchi, Metternich, Batthyany, Esterhazy, Szekenyi, Keglevich, Mährschy und wie sie sonst heißen. Die Auszeichnung des Festes war ebenso reich wie geschmackvoll. Mit Ausnahme der Vorberbäume und Blumen war die ganze Ausstattung, insbesondere die herrlichen Teppiche, die zur Dekoration von Dianas und zum Belegen des Bodens dienten, Eigentum der Offiziere, die sie aus dem Orient als Erinnerung mitgebracht haben. Ihre Majestät die Kaiserin, die eine fliederfarbene Toilette trug, nahm im hinteren Theile des Zeltes Platz und entbot zahlreiche Persönlichkeiten in ihre Nähe. Seine Majestät der Kaiser zog den Kommandanten der Marine-Akademie, Admiral Semann, in ein lautes Gespräch. Kaiser Franz Josef sprach viel mit den deutschen Offizieren. Der Maschinenleutnant war überredet zu einem Büffet eingerichtet, an dem Thee, Sekt, Bier und Bröckchen gereicht wurden; nur den Majestäten wurden die Getränkungen serviert. Erwähnt sei noch, daß in einer Platanengruppe auch ein Springbrunnen plätscherte. Die Gedenktafel, die an den Feldmarschall Grafen Moltke erinnert, war festlich bekränzt. Der Cerce dauerte über eine Stunde.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin machten heute Vormittag einen Spazierweg auf dem Strandwege und begaben sich mit Gefolge gegen 11 Uhr am Bord der Nacht „Christabelle“. Es wurden Jagdgewehre mitgenommen. Das Wetter ist prächtig.

Fürst Bismarck empfing gestern Mittag zwölf Abgeordnete des Reichstages in Düsseldorf, die eine flüchtige ausgetastete Abreise überreichen, in der von der Stützung eines Rettungsbootes für die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger Zeugnis abgelegt wird. Die Deputation bestand aus den Herren Dr. Deumer, Meers, Stein, Günther, Feudel, Böninger, Volkart, Dr. v. d. Steinen, Deiters, Dr. v. Deh, Kirgan und Meisenburg. Die Herren trafen um 1/2 Uhr in Friedrichshagen ein und wurden, der „Hamb. Nachr.“ zufolge, sofort vom Fürsten empfangen. Der Führer der Abordnung, Herr Dr. Deumer, Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, übergab die Adresse dem Fürsten mit einer warm empfundenen Ansprache, auf welche der Fürst in längerer Rede dankte, indem er auf seinen wiederholten Aufenthalt in Nordsee während der vierzig Jahre hinwies und nach mancherlei Reminiscenzen an seine verschiedenen Belahren, auf die historischen Beziehungen zwischen dem Rheinland und den altpreussischen Provinzen einging. Der Fürst lud die Düsseldorfser Herren zur Theilnahme am Festzelt ein, bei welchem Herr Dr. Deumer ein Gedicht auf die flüchtige Bismarcksche Familie ausbrachte. Um zwei Uhr verließ die Abordnung Friedrichshagen, hochgeehrt von der ihr gewordenen Aufnahme. Die dem Fürsten übergebene Adresse, die in einem starken, mit hellbraunen Leder überzogenen Deckel gebunden ist, enthält vier Kartonschachteln, deren erstes außer der einfachen Widmung: „Dem Fürsten Bismarck“, eine vom Vater Hans Deiters in Aquarell ausgeführte Vignette zeigt, die in ergrößerter Weise die beiden vollendeten glücklichen Rettung eines Schiffbrüchigen veranschaulicht. Links davon steht man in goldenem Felde eine Aufschrift und eine Rettungsboje mit der Aufschrift „Fürst Bismarck“, überlagert von einem Paar Wappenelementen. Das nächste Blatt ist mit einer Skizze von H. Peter-Jungel geziert, die ein in Noth befindliches Schiff in einer Brandung mit ein darauf hinfliegender Rettungsboot zeigt.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat eine „Rück“ im Preßgesetz entdeckt. Der Verleger, der den eigentlichen Vortheil eines Preßgesetzes habe, werde nach Lage der Gesetzgebung zumeist gegenüber der formalen Verantwortung des Redakteurs frei ausgehen. Das offiziöse Blatt freut sich deshalb über das Anarchistengesetz der Schweiz, in dem diejenigen, die zur Veröfentlichung und Verbreitung einer strafbaren Schrift wesentlich mitgewirkt haben, mit Geldstrafe bis zu 10 000 Franken bestraft werden. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt dazu mit Wohlgefallen:

„Der Ausbau dieses Gedankens zu einer allgemeinen, festen, prinzipiellen Gesetzgebung würde, ohne der Preßfreiheit irgendwie zu nahe zu treten, dem modernen Theoretiker ebenso seinen logischen Mund stopfen, wie die Proletarierbegehr (sahm) legen, damit aber dazu beitragen, die Manuskriptarbeit eines doppelt ungelungen Zerkleinerungsprozesses einzubäumen.“

Die Gerichte, die schon jetzt eine Verantwortung der Gelehrten, Korrespondenten und Verleger sich gewaltig konstatieren, wären zweifellos von einer solchen neuen gesetzlichen Bestimmung sehr befriedigt. Für alle aber, die sich die schon genug eingedrückte Preßfreiheit nicht noch weiter verkleinern lassen wollen, ist der Vorschlag des offiziellen Blattes unannehmbar. Er ist aber insofern

beachtenswerth, als heute auch nach offizieller Auffassung eine Ausdehnung der Verantwortung für Preßvergehen auf den Drucker und Verleger im bestehenden Gesetze nicht begründet ist.

— Unter der großen Zahl der bereits eingetroffenen Geschenke in Friedrichshagen fällt ein vom Ingenieur Hallbauer in Lauchhammer gesandter höchst origineller Briefbeschwerer auf, dessen Inschrift lautet: „Der Fürst Bismarck, dem eisernen Kaiser, schmiedete Hermogenes zu Wagnesia 200 v. Chr. dies Eisen, Humann fand es im Tempel der Artemis nach 2000 Jahren und sandte es Hallbauer, der ihm die Form gab, in der es heute werden soll, daß von der Gesellschaften Jahraufende besteht! 1. April 1894.“ Das in einem bronzenen, silbernen mit Perlen- und Glasplatten gefüllten, zeigt das Eisenstück, aus dem das kleine Kunstwerk gefertigt wurde, in seiner rauen Form, in der es aufgefunden wurde, buchstäblich und arg vom Rost zernagt. Ueberhandt wurde dem Fürsten das kleine, aber geistreiche Geschenk in einem mit blauem Sammet ausgelegten Kasten überreicht.

— In den Courard'schen „Jahrbüchern für Nationalök. u. Stat.“ eröffnet Professor W. Lexis in einem Aufsatz „Zur Münz- und Währungsfrage“ die angebliche Goldknappheit und die behauptete Werthverhöhung des Goldes sowie die zur Hebung des Silberpreises in den letzten Jahren gemachten Vorschläge. Nach einer Untersuchung des heutigen Standes der Goldproduktion in den wichtigsten Goldländern kommt Professor Lexis zu dem Schlusssatz:

„Wir werden für die nächsten dreißig Jahre auf eine jährliche Goldgewinnung im Werthe von etwa 580 Mill. Mark rechnen dürfen. Dies ist mehr als der Jahresdurchschnitt in den glänzendsten Perioden der Goldproduktion, der von Soetbeer für 1851—1855 auf 557 Mill. und für 1856—1860 auf 564 Mill. Mark geschätzt wird und im Vergleich mit dem gesunkenen Stande um die Mitte der achtziger Jahre eine Zunahme von 25—40 Prozent. Die industrielle Verwendung des Goldes nimmt gegenwärtig höchstens 280 Mill. Mark in Anspruch (Haupt nimmt nur 285 Mill. Fr. an); sie wird ohne Zweifel noch langsam zunehmen, aber in den nächsten Jahrzehnten im Durchschnitt höchstens 300 Mill. Mark erreichen. Für die jetzt im Besitze der geologischen oder thatfächlichen Goldgewinnung befindlichen maßgebenden Länder England, Deutschland, Frankreich und die Vereinigten Staaten würde eine jährliche Vermehrung ihres vorhandenen Goldbestandes um 2 Prozent, die für die europäischen Staaten mehr als das doppelte Verhältnis der Bevölkerungszunahme darstellt, im Ganzen also etwa 200 Mill. Mark reichlich dem berechtigten Bedürfnisse nach Verhäuflichkeit des Goldvertrages entsprechen; für andere Staaten bleiben denn also jährlich noch 80 Millionen zu Goldprägungen übrig. Ob diese Summe ausreicht, um alle Staaten, die nach der Goldwährung streben, die Einführung oder Aufrechterhaltung derselben zu ermöglichen, ist eine andere Frage; jedenfalls aber haben die in erster Reihe angeführten Länder keinen Grund, Goldmangel und Preisdruck als Folge von Goldvertheuerung zu befürchten oder als bestehend anzunehmen. Nun kann man freilich vom Suezkanal Standpunkt sagen: „Diese relativ geringe Goldzufuhr wird keinen dauernden Bestand haben, auch die Quargänge werden sich erschöpfen, und zwar um so schneller, je intensiver und mit je mächtigeren Hilfsmitteln die Ausbeutung betrieben wird. Suez hat ohne Zweifel vollkommen Recht mit seiner Ueberzeugung, daß voranschreitend nach wenigen Jahrhunderten die Goldproduktion sich dauernd und in außerordentlichem Maße vermindern werde.“ Ich möchte sogar glauben, daß diese Meinung schon nach einem Jahrhundert deutlich fühlbar sein wird, und habe daher die obigen günstigen Annahmen über die Goldproduktion ausdrücklich auf einige Jahrzehnte, sagen wir auf höchstens fünfzig Jahre, beschränkt. Für praktische Zwecke ist jedoch die Verlässlichkeit der Zukunft in solcher Begrenzung völlig genügend. Wir brauchen uns nicht die Köpfe unserer Vrenkel zu zerbrechen, weder wegen der Abnahme der Goldproduktion, noch wegen der wirtschaftlich weit mehr ins Gewicht fallenden Erschöpfbarkeit der Kupfer-, Blei-, Zink- und Zinngruben, die in einem Jahrhundert wahrscheinlich ebenfalls schon sehr merklich sein wird, noch nach Jahrhunderten die Menschheit sich schon ernstlich mit dem Gedanken des Schwindens der Kohlenlager vertraut machen muß.“

— Wie die „Danz. Ztg.“ vernimmt, sind auch für die diesjährigen Kaisermanöver in Ost- und Westpreußen große Bionats in Aussicht genommen; jedoch hat der Kaiser befohlen, daß bei Auswahl der Bionats die Rücksichten auf die Gesundheitsverhältnisse in den Vordergrund zu treten haben. Der Platz an sich sowie seine Umgebung dürfen keine unmittelbare gesundheitsgefährliche Eigenschaften besitzen, und es muß gutes Wasser in ausreichender Menge vorhanden oder ans nächster Nähe zu beschaffen sein.

— Die französische und die belgische Sozialdemokratie geht mit Vollkraft in die bevorstehende Frühjahrskampagne hinein. Während von den Führern der deutschen Sozialdemokratie, trotz aller hochtrabenden Redensarten, in praktischer Hinsicht nach dem Grundsatz des biedereren Ein John Kassaff verfahren wird, der die Vorkehrung für das beste Theil der Tapferkeit erklärte, schickten sich die Armeen der Sozialrevolution in Belgien und Frankreich an, Besitz von dem Terrain zu ergreifen, das ihre anarchischen Elemente ausgebeutet und nach ihrer Art bestellbar haben. Der französische Vorkämpfer des Herrn Liebknecht, Jules Guesde, hat einem „Figaro“-Interviewer ganz interessante Gesichtspunkte bezüglich der Pläne gemacht, welche die französische Sozialdemokratie mit der Armee im Sinne hat. Derselben laufen darauf hinaus, den gemeinen Mann von allen moralischen Banden zu lösen, welche ihn an seine Vorgesetzten und an die Fahne knüpfen, und ihn ganz und gar für das Programm der sozialen Revolution einzufangen. In diesem Behine hat Herr Jules Guesde allerlei lockende Köder an seiner parlamentarischen Anführer, der es sogleich nach Ablauf der Kammerferien auszuwerfen beabsichtigt. Dabei geht es zunächst um die Forderung des aktiven und passiven Wahlrechts für die Soldaten. Sollte die Mehrheit der Deputierten dagegen sein, so wird

die Armee, nach Jules Guesde, jedenfalls gewahrt werden, daß die sozialdemokratische Partei für ihre Interessen eintritt und daß es nicht ihre Schuld ist, wenn die „Reform“ nicht zu Stande kommt. Als Folge dieser Erkenntnis sieht Herr Guesde den massenhaften Anschluß der Soldaten an die Partei der sozialen Revolution voraus. Ferner soll der gemeine Mann, wenn er vor einem Kriegsgericht erscheint, immer nur von seines Gleichen abgehört werden. Daß im bürgerlichen Prozeß dieses Prinzip keine Anwendung findet, genügt den Wiederwärtigen nicht. Er findet seinen Vorschlag besonders „interessant“ unter dem Gesichtspunkt einer Verweigerung des dem Vorgesetzten geschuldeten Respekts. Endlich sollen die Familien der zu Uebungen eingezogenen Reservisten und Landwehrmänner eine tägliche Entschädigung von 2 Francs beziehen. Für die Arbeiter hat Herr Guesde einen Antrag in Betracht, nach welchem allen Arbeitgebern ohne Unterschied bei hoher Strafe verboten werden soll, irgend jemanden länger als 8 Stunden täglich zu beschäftigen. Aus den Reden des mehrgenannten Agitatoren ergibt sich, daß er die sozialdemokratische Partei schon jetzt als die eigentliche Regierung Frankreichs betrachtet und daß er von den Kammerwahlen des Jahres 1898 — auffallenderweise für denselben Zeitpunkt, den Herr Bebel einmal als Geburtsjahr des sozialdemokratischen Zukunftskaates in Deutschland bezeichnete — den endgültigen Sieg der französischen Sozialdemokratie über ihre sämtlichen Gegner prophesiziert.

Mit ihrem französischen Vorbilde ziehen die belgischen Sozialdemokraten an einem dem belgischen Strang. Auf ihrem in Aquaren gehaltenen Kongress haben sie die Republik für Belgien bereits proklamiert. Am 1. Mai, dem Vorkämpfer der Arbeit, wollen die fanatischen Massen gegen Brüssel ziehen und das Uebrige besorgen.

Unter den Mitteln zur Hebung der wirtschaftlichen Lage des künftigen Grundbesitzes steht in erster Linie die bessere Ordnung der Grundvertheilung. Auch wo die hypothetische Belastung noch keine bedeutliche Höhe erreicht hat, eröffnet das bestehende Hypothekensystem die Aussicht auf künftige Ueberlastung. Eine Aenderung der heutigen Grundverhältnisse nach der Richtung der Umladung der Hypotheken in Amortisationsrenten ist daher wiederholt seitens der preussischen Staatsregierung als ein erstrebenswerthes Ziel der Gesetzgebung bezeichnet worden. Man würde aber in der Annahme fehlgehen, als es sich dabei um auch im Einzelnen bereits festgelegte Pläne handelt. Zunächst befindet sich die Sache, abgesehen von den allgemeinen Zielen, noch durchaus im Stadium der Vorbereitung. Erst an der Hand der gründlichsten Vorarbeiten wird demnach an die Ausarbeitung positiver Gesetzesvorschlüge herangetreten werden. Im Ministerium für Landwirtschaft wird das gesammte zum Theil durch besondere Erhebungen beschaffte thatfächliche Material gesammelt, geordnet und zusammengeordnet. Mit diesen Arbeiten wird ein besonders zu dem Zwecke in das Ministerium berufener Beamter betraut.

Wesentlich für den weiteren Fortgang des gesetzgeberischen Planes wird sodann der Verlauf sein, welchen die Gesetzesvorlage über die Landwirtschaftskammern nimmt. Wenn dabei von dem ursprünglichen Gedanken fanktlicher Einrichtung solcher Kammern zu dem Vorschlage obligatorischer Einführung der Einrichtung übergegangen ist, so ist dabei in erster Linie der Wunsch ausgesprochen worden, bei dem gesetzgeberischen Vorgehen auf dem Gebiete der Grundvertheilung sich des Beiraths einer Vertretung der gesammten Landwirtschaft bedienen zu können. Aus der Berathung der Materie mit diesen Körperchaften wird eine sichere Grundlage für die definitive gesetzgeberische Ausgestaltung des Planes gewonnen werden. In dieser Hinsicht ist es ferner auch nicht ohne Bedeutung, welche Gestalt die Landwirtschaftskammern gewinnen. Davon wird es wesentlich auch abhängen, ob und inwieweit man sie zur tätigen Mitwirkung bei der Organisation und Verwaltung des künftigen Grundbesitzwesens heranziehen kann. Es wird daher jedenfalls noch geraume Zeit vergehen, bis der Platz zu einer Vorlage an den Landtag ausgereift ist.

An den Ausschüß der Verkehrs-Interessenten in der deutschen Eisenbahn-Tarifkommission sind im Laufe der letzten Monate mehrfach Eingaben von Handelskammern und wirtschaftlichen Verbänden der Textil-Industrie gelangt, in denen das Eintreten des Ausschusses für die Einbeziehung von Flach, Garnen und unbearbeiteten Wol- und Wirkwaren aller Art in den Spezialtarif für bestimmte Stützartikel, d. h. in die 2. Stützartikelklasse, beantragt wird. Die Petenten suchen nachzuweisen, daß die Einführung der ermäßigten Stützartikelklasse für diese zum Theil hochwerthigen Waaren den Einnahmen der Eisenbahnen nicht von Nachtheil sei, sondern sogar entweder sofort oder doch binnen kurzer Zeit erhebliche Vorteile bringen würde, da sehr große Gewichtsmengen von Garnen und Wirkwaren, welche bisher als Sammelabgabe oder als Postabgabe verendet würden, d. h. billigeren Stützartikelklasse zugewiesen werden würden. Es wird sogar behauptet, daß auch aus dem bisherigen Wassertransport, nicht minder auch von den bisherigen Wagenladungen erhebliche Kosten dem billiger gewordenen Stützverkehr zufließen würden. — Der Ausschüß der Verkehrs-Interessenten hat in seiner letzten Sitzung diesen Antrag beraten und war die allgemeine Stimmung demselben durchaus nicht ungünstig. Dagegen verkannte man nicht, daß es der gegenwärtigen Finanzlage der Bahnen gegenüber nur dann möglich sein würde, einzigermaßen einen Erfolg zu erzielen, wenn in durch aus glaubwürdiger und zuverlässiger Weise statistisch nachgewiesen werden könnte, daß den Eisenbahnen durch die Verweisung der „Textilwaaren“ in den Spezialtarif für bestimmte Stützartikel entweder kein Anstalt in den Einnahmen oder nur ein solcher erwachse, der in 2 bis 3 Jahren durch steigende Einnahmen sicher ausgeglichen wäre. Die in den Eingaben bereits enthaltenen statistischen Angaben seien zwar sehr lehrreich, aber keineswegs erschöpfend, um einen Ueberblick über die finanzielle Gesamtwirkung der beantragten Detarifizierung zu gewinnen: es sei vielmehr notwendig, daß durch anzustellende Erhebungen für alle deutschen Bahnen, also für das Gebiet des deutschen Reichs, zugleich für jede größere Textilbranche (Zute, Baumwolle, Leinen und Halbleinen, Wolle und Halbwole, Seide und Halbseide, Handel mit unverarbeiteten Web- und Wirkwaren) getrennt, der gegenwärtige Versand

in Wagenladungen, Stückgut und Sammelabgaben ermittelt und daraufhin der zu erwartende Gesamtverkehr für die ermäßigte Stützartikelklasse von sachverständigster Seite glaubwürdig berechnet, bzw. abgeklärt werde. Einig war man darin, daß der Ausschüß nicht in der Lage sei, diese Erhebungen selbst anzustellen, daß vielmehr die deutsche Textilindustrie, einerseits weil hierbei hervorragend interessiert, andererseits weil hierin am meisten, oder sogar ausschließlich sachkundig, die erforderlichen Unterlagen zu beschaffen habe und voraussichtlich gern beschaffen werde. Mit der Ausarbeitung eines allgemeinen Planes für diese Erhebung, Vertheilung der Arbeiten auf anerkannte Vertreter der teiligen Bezirke des Reichs und mit der Zusammenstellung der erbetenen Antworten wurde der Geschäftsführer Dr. K. Rensig in Dresden-Mohrenwieg beauftragt. Am 12. April werden in einer nach Berlin berufenen Konferenz etwa 25 Vertreter der Textilindustrie aus allen Theilen des Reichs die weiteren Schritte beraten.

— Die bisher in Berlin stationirt gewesene Leib-Gendarmerie hat ihre Ueberfiedlung nach Potsdam, wo dieselbe künftig ihr Stabsquartier haben wird, bereits begonnen. Diese Ueberfiedlung wird morgen beendet sein und die Leib-Gendarmerie mit dem 1. April die ehemalige Garde des Corps-Kasernen am Luisenplatz 9 in Potsdam bezogen haben.

— Nach einer offiziellen Meldung aus Rom bekämpfen die parlamentarischen Reiteranten für die Budgets des Heeres und der Marine für das Etatsjahr 1894—95 entschieden den Plan weiterer Ersparungen im Ressort der Kriegsverwaltung. Die Berichte dieser Reiteranten driften der Kammer, wie man annimmt, sofort nach deren Wiederzusammentritt vorgelegt werden. In diesem Falle werde sich die Kammer über die Heeresausgaben noch vor der Debatte über die Finanzprojekte der Regierung auszusprechen haben und eine für die weiteren Beratungen sehr wichtige Entscheidung treffen. Man erachte es für unzweifelhaft, daß die Mehrheit der Kammer gegen weitere Ersparungen in den bezeichneten Budgets Stellung nehmen werde.

— Göttingen, 30. März. König Wilhelm von Württemberg hat den Betrag von 500 Mark zur Stiftung eines Ringes zum Bismarckthurne überwiesen.

Braunschweig, 28. März. Zu der bekannten Kalkmonopol-Regierungsvorlage hat die Landtagskommission für das Innere schon einen umfangreichen Bericht erstattet und zwar in durchweg zustimmendem Sinne. Die Kommission führt aus, daß sie die von der Regierung dargelegten Gründe für die fernere Gewinnung der Kalksalze durch den Staat, nämlich die Schonung der Kalklager, die größere Sicherung der Bergwerke vor Wassergefahr, die Verhütung der Vergrößerung des Kalks ins Ausland und endlich die größere Reaktivität in der Versorgung der Landwirtschaft mit Kalksalzen beim Staatsbetriebe völlig anerkenne und die unveränderte Annahme der Vorlage empfehle. Die vorhandenen Kalkbergwerke seien vollständig genügend, um das Bedürfnis der inländischen Konsumenten für lange Zeit zu befriedigen. Es sei deshalb im öffentlichen Interesse keineswegs geboten, daß noch neue Kalkbergwerke angelegt werden. Da die Vertheilung des Kalksalzmonopols mit seinen Schuldenbahrungen auf die Dauer in der bisherigen Weise doch nicht durchzuführen seien, empfehle es sich, die Gewinnung der Kalksalze lediglich dem Staate vorzubehalten. Ueber die Schläge im Herzogthum macht der Bericht noch folgende Mittheilungen: Im Braunschweigischen wird insbesondere von der Alltiegengesellschaft für Tiefbohrungen zu Goslar, vom Bergwerksbesitzer Emil Sauer zu Dresden und von der Schutzhohrergesellschaft des Kalksindus behoben und bereits sind der erstgenannten Gesellschaft zwei Felder (das Feld umfasst beinahe 2 Millionen Quadratmeter), Sauer drei Felder (ein Feld hat er noch gemietet und ein Bohrloch hat er vor dem 1. d. M. begonnen), ferner dem Direktor Jungbans zu Niedersleben ein Feld, sowie der Schutzhohrergesellschaft neun Felder zu Bergwerkbereichen vertheilt worden, während die Alltiegengesellschaft Tiedeball sechs Felder besitzt und zum Theil in Betrieb hat. Während das Tiedeballer Lager eine Mächtigkeit von 15 Meter besitzt, ist durch das von der staatlichen Bergbaubehörde voriges Jahr in aller Stille bei Vergeheim niedergebrachte Bohrloch ein neues wertvolles Kalklager in einer Mächtigkeit von mindestens 20 Meter aufgeschlossen worden. Dieses liegt jedoch etwas über 700 Meter unter der Erdoberfläche und wird sich zum Abbau erst in späterer Zeit eignen, wenn nicht noch, was nicht ausgeschlossen ist, ein günstigerer Angriffspunkt aufgefunden werden sollte. Für das in gleicher Weise jetzt bei Watenfeld niedergebrachte Bohrloch wird die beivolligte Summe von 60 000 Mark bei den in Betracht kommenden geognostischen Verhältnissen vernünftigerweise nicht völlig gebraucht werden. Uebrigens hat die königliche preussische Bohrinspektion zu Schönebeck für die Bohrungen von Vergeheim und Watenfeld ihre Vorgesetzten und Arbeiter mit Bereitwilligkeit zur Verfügung gestellt und dies würde vermuthlich auch künftig für staatsförmlich im Herzogthum Braunschweig anzustellende Bohrungen geschehen. Der Kommissionsbericht glaubt schließlich noch hervorheben zu müssen, daß der Schürfer, der noch vor dem Erlaß des neuen Gesetzes fündig werden sollte, nach den bisherigen Bestimmungen des Berggesetzes zu behandeln sein würde, einerlei, ob er vor oder nach dem 1. März (Tag der Einbringung des Gesetzentwurfs) mit seinen Schürferarbeiten begonnen hat.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 30. März. Nach einem Telegramm der „Presse“ aus Abbazia brachte Se. Majestät Kaiser Wilhelm bei dem gestrigen Diner einen Toast aus auf Se. Majestät Kaiser Franz Josef, wo es hier in diesem Eden Oesterreichs begrüße, wo es seiner Familie so wohl gealle, und das seinen Kindern zur Gesundheit und Kräftigung diene.

Kaiser Franz Josef ist heute Vormittag 9 Uhr 40 Minuten aus Abbazia hier wieder eingetroffen.

Wien, 30. März. Der sozialdemokratische Parteitag hat beschlossen, an der Feier des 1. Mai durch Arbeitskräfte festzuhalten. In Bezug auf den achtstündigen Arbeitstag wurde eine Resolution angenommen, in welcher es heißt, ein Fach nach dem anderen solle, unterstützt von allen anderen Fachern, in dem günstigen Augenblick den Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit er-

öffnen; zunächst sei die Achtundsechzigste für
Grubenarbeiter zu erlassen. Die österreichische
Regierung soll in den Verhandlungen am 1. Mai
energisch aufgetreten werden, die Initiative zu
Unterhandlungen mit anderen Industrieländern be-
zugs internationaler Festsetzung des achtstündigen
Arbeitstages zu ergreifen. Ferner nahm der
Arbeitstag eine weitere Protestresolution gegen
die Verhängung des Ausnahmezustandes in Prag an.

Peft, 30. März. Sammtliche Straßen der
Stadt sind anlässlich des Eintreffens der Leiche
Roths schwarz geflaggt, die Fenster und Bal-
kone vieler Häuser schwarz drapiert. In den brei-
teren Straßen hängen Trauerflaggen und in
Trauerflor gehüllte Nationalfahnen. Der West-
bahnhof, auf welchem der Leichenzug eintreffen
wird, ist auf der Innen- und Außenseite in seiner
ganzen Höhe mit schwarzem Trauerschmuck be-
deckt. Auf den Straßen bewegt sich eine ungeheure
Menschenmenge. Die Züge bringen unau-
geheuer große Menschenmassen aus allen Theilen
des Landes. Mittags werden die Borse und
sämmliche Geschäfte geschlossen. Die Straßen-
laternen sind angezündet und mit Trauerflor ver-
hängt.

Die Leiche Kautskys ist programmäßig um
2 Uhr 50 Minuten Nachmittags hier eintreffen.
Vor dem Bahnhofe hatten viele Vereine, Depu-
tationen aus dem Lande und eine ungeheure
Menschenmenge Aufstellung genommen. Alle
Straßen, durch welche der Leichenzug sich bewegte,
waren schwarz drapiert, alle Läden geschlossen.
Viele Damen und Herren waren in tiefe
Trauer gekleidet. Die Halle des National-
museums, wo die Leiche bis zum Sonntag ver-
bleiben soll, ist prachtvoll dekoriert. Bisher ist
Alles ruhig verlaufen. Abordnungen der Subten-
ten halten die Ordnung aufrecht; die Polizei ist
wenig sichtbar.

Brinn, 30. März. Die Arbeiter der Rother
Bergbau-Gesellschaft beschließen, die Abschaffung
der Akkord- und Schichtarbeit von der Direktion
zu verlangen. Falls die Bergverwaltung die
Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen sollte,
wird ein allgemeiner Streik ausbrechen.

Frankreich.

Paris, 30. März. Nach Meldungen aus
Montevideo hat sich das neue Kabinett folgen-
dermaßen konstituiert: Auswärtiges Pinedo Campos,
Finanzen Biella, Krieg General Duval, Inneres
Mignel Herrera, öffentliche Arbeiten Castro. Die
Zusammensetzung des Kabinetts ruft einen gün-
stigen Eindruck hervor.

Spanien und Portugal.

Santander, 30. März. Das Torpedoboot
„Conchó“ wird heute Vormittag das Brack des
„Machaco“ zerschlagen. Die Bevölkerung
schreit.

Großbritannien und Irland.

London, 30. März. Am nächsten Montag
kommt Trevelyan Antrag auf Errichtung einer
permanenten Kommission für die Vorbereitung
der schottischen Gesetzgebung im Parlament zur
Verhandlung. Die Opposition rüstet mächtig
dagegen, weil sie darin den ersten Schritt zur
schottischen Homogenität erblickt.

Serbien.

Unter dem Vorstehe des Königs finden Be-
rathungen statt, um die Frage zu entscheiden, ob
gegenüber der radikalen Partei der Kampf eröffnet
werden soll. Die Entscheidung dieser Frage werde eine
Kabinettsänderung herbeiführen.

Bulgarien.

Sofia, 29. März. Durch einen heute ver-
öffentlichten Ulas wird die Zahl der in diesem
Jahre auszubehenden Rekruten auf 16 000 festge-
setzt, darunter 2782 Mohamebaner.

Der Minister hat sich endlich für die
Trasse der Transversalbahn über Sofia-Roman-
-Dolitscha-Turnovo-Osmanbazar, Schumla
und Kaptsichan entschieden. Die Ingenieure sind
bereits auf die Strecke abgegangen; die Arbeiten
bei dem Bau des Hafens von Burgas sollen un-
verzüglich beginnen.

Türkei.

Konstantinopel, 30. März. Der General-
direktor der Tabakregie-Gesellschaft, Forni, ist
heute Vormittag an Cholera gestorben.

Stadt-Haushalt von Stettin

vom 1. April 1894 bis 31. März 1895.

III.

Titel VI. — Feuerlöschwesen.
schließt in Einnahme mit 10 928 Mark (10 733
Mark), in Ausgabe mit 174 830,10 Mark
(156 363,39 Mark), so daß ein Zufuß von
163 902,10 Mark erforderlich ist, 18 471,71 Mark
mehr als im Vorjahre. Die Gehälter für
Direktor, Inspektor und Brandmeister betragen
11 550 Mark (11 100 Mark), die Löhne für
12 Oberfeuerwehrmänner inkl. 56 Maschinen-
führer 14 508 Mark, für 56 Feuerweh-
rmänner 61 390,20 Mark (59 301 Mark). Die
Bekleidung erfordert 5945 Mark (7966,50 Mark),
für Stellung der Bespanne sind 22 850 Mark
(20 530 Mark), für Unterhaltung der Fahrzeuge
und Geräthe 3500 Mark (2500 Mark) und für
Neubeschaffung eines Personenzuges 2000 Mark
eingesetzt, die Unterhaltung der Pachtfeuerweh-

erfordert der Stadt einen Koffenaufwand von
10 985,33 Mark (12 065,33 Mark). In den
Einnahmen ist wiederum ein Beitrag der Feuer-
sozialkassen mit 9000 Mark eingestellt, hierzu
beantragt die Finanzkommission, den Magistrat
um Auskunft zu ersuchen, ob mit Rücksicht auf
die Verbesserung der Feuerlösch-Anstalten der von
der Sozialität zu zahlende Beitrag sich nicht er-
höhen lasse und hierüber mit der Feuer-
sozialitäts-Deputation in Verbindung zu treten.

Herr Dr. Graßmann legt Protest gegen
die Einstellung des Beitrags von 9000 Mark
ein. Was den Antrag der Finanzkommission be-
trifft, so bittet Redner, denselben auf alle Fälle
schon aus dem Grunde abzulehnen, weil im näch-
sten Jahre gelegentlich der Einführung der neuen
Steuer-Gesetzgebung Wege gefunden werden dürf-
ten, auch andere Feuer-Vericherungs-Gesellschaften
zu Beiträgen für das Feuerlöschwesen heranzu-
ziehen. Es sei daher wohl nicht angebracht, kurz
vor Abschluß noch Änderungen zu beschließen.
Der Kammerer Matting entgegnet, daß
nach seinem Wissen nach dem bisherigen Stand
der Verhandlungen nicht daran zu denken sei,
andere Vericherungs-Gesellschaften zu Beiträgen
heranzuziehen.

Herr Matting bittet, gerade nach der
vom Herrn Kammerer gegebenen Auskunft den
Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Herr Kammerer Matting macht Mitthei-
lung, daß in Berlin 540 000 Mark, in Breslau
500 000 Mark von den dortigen Feuer-Sozialitäten
als Beitrag zum Feuerlöschwesen gezahlt werden.

Herr Dr. Graßmann weist dem gegen-
über darauf hin, daß in Berlin die Verhältnisse
anders liegen, da jedes Haus der städtischen
Vericherung angehört.

Herr Dr. Almelung tritt für Reorganisa-
tion der Feuer-Sozialität ein; dieselbe könne nur
Erfolg haben, wenn die Sozialität auch auf die
Außenbezirke ausgedehnt würde.

Dieselbe Ansicht theilt Herr Oberbürgermeister
Haken, während Herr Vörner glaubt, daß
bei einer Ausdehnung der Sozialität auf die Außen-
bezirke diese ihr Privilegium verlieren würde und
wie die anderen Vericherungs-Gesellschaften in
Konkurrenz treten müßte.

Herr Oberbürgermeister Haken ist entgegen-
gesetzter Ansicht, er bittet dringend, auf eine
Reorganisation der Sozialität hinzuwirken.

Schließlich wird der Antrag der Finanzkom-
mission angenommen.

Titel VII. — Baudverwaltung.
ergibt in Einnahme 619 832,35 Mark (814 244,85
Mark), in Ausgabe 1 010 963,32 Mark (1 306 788,27
Mark), so daß ein Zufuß von 391 130,97 Mark
verbleibt, 101 412,45 Mark weniger als im Vor-
jahre. Mehrzweckliche erfordert die Unterhaltung
der Entwässerungsanlagen mit rund 23 100 Mark
und der Bauhof für Hafen- und Brückenbau mit
rund 21 000 Mark. Die Ausgaben für die Er-
werbung von Straßengrund sind um rund 5000
Mark, für Umpflasterung und Herstellung von
Straßen um rund 200 000 Mark, für Straßen-
bau um rund 105 500 Mark und für Unterhal-
tung der Brücken um rund 1400 Mark niedriger
bemessen, denen entsprechend auch Winderinnahmen
von rund 417 000 Mark gegenüberstehen.

Eingestellt sind zur Verfertigung von Straßen
mit besserem Material 130 000 Mark, davon sollen
20 000 Mark vom Titel II des Extra-Ordinariums
erstattet werden, ferner sind bestimmt 28 000 Mark
zur Umpflasterung der Passauerstraße, 76 000 M.
zur Umpflasterung und Verbreiterung der Magazins-
straße und 6000 Mark zur Umpflasterung von
Straßenübergängen. Für Umpflasterung und
Herstellung von Straßen mit altem Ma-
terial sind 149 000 Mark ausgeworfen und zwar
85 000 Mark für Repa-
raturen des Straßenpflasters und der Kanten-
brücken, 800 Mark für Reparaturen an Futter-
mauern und Bewehrungen, 21 200 Mark für
Umpflasterung der Fußstraße zwischen Zabels-
dorfer- und Grenzstraße und 12 000 Mark für
Tiefenerlegung und Umpflasterung der Apfel-Allee
zu beiden Seiten der neu zu erbauenden Ueber-
führung der Stettin-Jaschiger-Eisenbahn, — für
Unterhaltung der Chausseen sind wie im Vor-
jahre 14 700 Mark eingestellt. — Bei Unter-
haltung der Entwässerungsanlagen sind 11 000
Mark zur Erneuerung des Kanals in der Königs-
Allee-straße von der Deutschenstraße bis zum
Kaiser Wilhelmplatz eingestellt. Die Finanz-
kommission beantragt, die für Umpflasterung der
Passauerstraße eingestellten 28 000 Mark zu
freigeben, da in diesem Jahre in dieser Straße
Bauten, besonders der Bau eines evangelischen
Bereinshauses ausgeführt werde und sich daher
eine Umpflasterung nicht empfehle. Demgemäß
wird beschlossen.

Herr Matting beantragt, auch die für
Umpflasterung und Verbreiterung der Magazins-
straße eingestellte Summe von 76 000 Mark zu
freigeben, da die Ausführung doch kaum in diesem
Jahre vorgenommen werden könne. Redner hält
es für besser, die Summe zur Umpflasterung der
Passauerstraße oder der Kasstabe zu verwenden,
die beiden Straßen seien gleich schlecht. Ob die
Verhandlungen mit den Hausbesitzern an der
Magazinsstraße zu Ende geführt werden, sei auch
hier zweifelhaft, wie überhaupt die Zunahme des
Verkehrs kaum so groß zu werden verspreche,
als man annehme.

Herr Baurath Meyer tritt für Befreiung
der Position ein, indem er auf den Vorschlag hin-
weist, daß gegenwärtig der Bau sehr gut aus-
führbar sei, da freies Terrain vorhanden sei.

Das gegenwärtige Bauprojekt sei genehmigt und
die Verhandlungen mit den Hausbesitzern seien
dabei ganz gleichgültig.

Herr Oberbürgermeister Haken weist darauf
hin, daß der Protest, welcher gegen das Bau-
projekt eingelegt sei, eine lange Verzögerung
der Sache veranlaßt habe, von dem früheren
ständischen Bauamt abgesehen sei. Würde die
Sache nochmals verhandelt, so würden dem
Magistrat die Verhandlungen mit den
Hausbesitzern erheblich erschwert. Redner weist
jedoch noch darauf hin, daß durch die Regu-
lierung der Straße der Verkehr wesentlich gehoben
würde, außerdem könne vor Beendigung der Re-
gulierung nicht daran gedacht werden, mit dem
Fiskus wegen der Verbindung nach der Schützen-
gartenstraße zu verhandeln.

Herr Rühr fragt an, ob schon ein Be-
schluß seitens des Magistrats wegen Verwertung
des Stadt gehörigen Grundstücks an der
Magazinsstraße (früheres Proviant-Magazin) ge-
faßt sei.

Herr Baurath Meyer entgegnet, daß das
Grundstück wohl zu einem Schulbau reserviert
bleiben müsse, da hierzu die Gelder besonders
günstig sei.

Herr Oberbürgermeister Haken dagegen er-
klärt, daß über die Verwertung des Grundstücks
nicht eher beschlossen werden könne, bis die Straße
reguliert sei.

Herr Petermann bittet um Streichung
der Position, indem er die Umpflasterung der
Frauenstraße und der Kasstabe, deren schlechten
Zustand er in drastischer Weise schildert, für weit
weniger wichtig hält, als die Regulierung der Ma-
gazinsstraße.

Herr Matting tritt nochmals für seinen
Antrag ein und auch Herr Krause unterstützt
denselben, indem er die Pflasterung der Kasstabe
vor allen Dingen für dringend nötig hält.

Der Antrag Matting wird jedoch schließlich
abgelehnt und die Position im Etat belassen.

Für die ordnungsmäßige Herstellung der Bür-
gersteige sind 30 000 Mark eingestellt, davon be-
trägt die Finanzkommission 22 215 Mark abzu-
setzen, so daß nur 7785 Mark verbleiben. Die
Gehalte des Bezirksvereins Kasstabe wegen Bürger-
steigerstellung der Kasstabe und des Bezirksvereins
Mittelplatz wegen Regulierung der Frauenstraße
können wegen mangelnder Mittel nicht berück-
sichtigt werden.

Herr Dr. Graßmann bittet, dem Beschluß
der Finanzkommission nicht zustimmen, jenen-
falls die Gehalte der Bezirksvereine nicht gänzlich
zurückzuweisen, damit im Laufe des Jahres doch
einige Verbesserungen eintreten, auf die Pflasterung
der fraglichen Straßen eingehen. Vielleicht sei
es möglich, die Umpflasterung aus dem Straßen-
bau-Voranschlag-Konto zu bestreiten.

Herr Kammerer Matting entgegnet, daß
daraus nur Umpflasterungen vorgenommen werden
dürften und als Herr Dr. Graßmann dem
gegenüber darauf hinweist, daß auch der Umbau
des Stadttheaters aus dem Straßenbau-Voranschlag-
Konto bestreiten sei, giebt Herr Oberbürgermeister
Haken zu, daß dies richtig, es habe sich dabei
jedoch nur um eine Umschreibung gehandelt, um
ein neues Voranschlag-Konto einrichten zu müssen.

Herr Vörner findet den Zustand der
Kasstabe für nicht so schlimm, als geschildert sei.
Schließlich werden die Anträge der Finanz-
kommission angenommen.

Herr Klein hält es nicht für zweckmäßig,
daß als Straßenbau-Beamt Militäramtswärter an-
gestellt werden, er beantragt, für die Folge nur
technisch gebildete Personen anzustellen.

Herr Baurath Meyer entgegnet, daß sich
dieser Antrag mit dem Wunsch der Bau-Depu-
tation decke und daß für die Folge auch nur Per-
sonen mit technischer Vorbildung zu Straßenbau-
Äußerern angenommen werden sollen.

Der Antrag des Herrn Klein wird ange-
nommen.

Herr Klein bittet, daß bei beschränkter
Submission nicht nur drei Submittenten heran-
gezogen werden und bei der Aufgaberteilung
geizig zu prüfen, ob es möglich sei, nach dem ab-
gegebenen Submissionspreis die Arbeit so auszu-
führen, wie es die vorgeschriebenen Bedingungen
erfordern. Jetzt sei es oft vorgekommen, daß die
Arbeiten nicht so ausgefallen seien, als die Be-
dingungen vorsehreiben, er wolle nur auf die
schlechten Materialarbeiten bei der Väterberg-
schule hin.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 31. März. In dem Bericht über
die Etats-Verathung ist einige Male Herr
Kammerer Wigand angeführt, es muß natürlich
heissen: Herr Kammerer Matting.

Der Zweigverein Stettin des „Vereins für
Massenverbreitung guter Schriften“ hielt gestern
Abend im „Müchener Hofbräu“ seine diesjährige
ordentliche Hauptversammlung ab, in der
zunächst der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Dr.
Delbrück, über die Vereinsverhältnisse Bericht
erstattete. Der hiesige Verein verzeichnete im ver-
flossenen Jahre einen, wenn auch nur geringen
Zuwachs an Mitgliedern, deren Zahl sich gegen-
wärtig auf 129 beläuft, und würde dies zu wei-
teren Hoffnungen für die Zukunft berechtigen,
wenn nicht das Fortbestehen des Gesamtvereins
ernstlich gefährdet erschiene. Obwohl dem Haupt-
verein in Weimar jährlich ein Mitgliedsbeitrag
einer 20 000 Mark zuzuführen, gesehe leider
wenig, um die Zwecke des Vereins zum Ausdrück
zu bringen, und der Grund dafür sei in der kost-

spieligen Verwaltung zu suchen. In vielen Orten
habe die Sache deshalb nicht in Fluß gebracht
werden können, weil die Ortsumschreibungs-
arbeiten wenig Neigung zeigten, den Vertrieb der
vom Verein herausgegebenen Schriften zu über-
nehmen, und es sei bereits die Abhaltung einer ver-
traulichen Besprechung über diese hochwichtige
Frage angeregt worden. Der Hauptvorstand habe
jedoch gegeben, dem Verfolg der Angelegenheit bis
zur nächsten Hauptversammlung des Gesamt-
vereins Abstand zu nehmen. Der Hauptvorstand
habe dabei geltend gemacht, daß in der Person
des Generalsekretärs ein Wechsel eintreten sei,
dessen Wirkung man erst abwarten wolle. Der
neue Generalsekretär habe nun auch eine eifrige
Tätigkeit entwickelt, herausgefunden sei dabei
aber kaum etwas Erhebliches, deshalb habe der
Vorstand des hiesigen Zweigvereins einen Antrag
für die Hauptversammlung in Weimar vorbe-
reitet, dessen Ausführung dem Verein neue Bahnen
für seine künftige Wirksamkeit eröffnen solle,
dieselbe werde der gegenwärtigen Versammlung
zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Hierfür
erstattet der Schatzmeister, Herr Direktor Reddig
den Kasienbericht. Die Einnahme betrug im Ver-
richtjahre 641 Mark, hierzu kam ein Bestand
von 35,21 Mark, so daß 676,21 Mark zu verwen-
den waren. Nach Weimar wurden 560 Mk. über-
schickt, an Ausgaben erwuchsen 84,64 Mk., so daß
ein Bestand von 31,57 Mk. verblieb. Die Prüfung der
Abrechnung hat ordnungsmäßig stattgefunden und
wurde dem Vorstände Entlastung erteilt. Aus
dem Vorstände ist Herr Schlossermeister Vernt
ausgeschieden, an dessen Stelle Herr Professor Dr.
Blasendorff berufen wurde, während die übrigen
Vorstandsmitglieder durch Affirmation
wiedergewählt wurden. — In der Hauptversam-
lung des Gesamtvereins beabsichtigt der Vor-
stand des hiesigen Zweigvereins zu beantragen:
„den ganzen buchhändlerischen Vertrieb an
eine schon bestehende Buchhändlerfirma ver-
zieren zu übertragen, daß diese bei der
Auswahl der zu vermittelnden Schriften an das
Einverständnis der Organe des Vereins gebunden
ist und andererseits vom Verein eine Subvention
bezieht.“ Dieser Antrag wurde angenommen und
als Vertreter auf der Hauptversammlung Herr
Dr. Delbrück delegiert. Damit war die Tages-
ordnung erschöpft und endete die Versammlung,
an die sich noch eine Vorstandssitzung angeschlossen
war.

Der Verwaltungsrath des Direktor von
Schwarz in Stettin ist zum Präsidenten der
Regierung in Sigmaringen ernannt.

Der Sanctions-Bauinspektor Schneider,
beauftragt mit Wahrnehmung der Geschäfte der
zweiten Intendantur- und Bauhofsstelle beim
2. Armee-Korps, ist zum Intendantur- und Bau-
rath ernannt.

Vermischte Nachrichten.

Berlin. Auf kaiserliche Anordnung wird
das für die Gnadenkirche bestimmte Gelände vom
1. April ab in dem Hofe der Ruhmeshalle
auf etwa zehn Tage ausgestellt werden. Die
drei vom Kaiser, der Kaiserin und dem Kron-
prinzen der zum Ansehen an die Kaiserin Augusta
errichteten „Gnadenkirche“ gestifteten, in der
Gnadenkirche des Bochumer Vereins hergestellten
Gnadenfiguren sind mit reichem Verzierung-
— Wappen, Kränzen und Inschriften — versehen.
Die Kränze entsprechen dem romanischen Baustile
der Gnadenkirche. Die Glocken waren während
der Weltausstellung in Chicago 1893 in einem
von dem Bochumer Verein errichteten, an das
Verwaltungsgebäude des deutschen Reichs als
Anlage angehängten Thurm aufgestellt. Seitens
zahlreicher Fachmänner sind in Chicago über die
Ausgestaltung der Glocken, sowie über den har-
monischen Zusammenhang des Geläutes und den
reinen Ton der einzelnen Glocken Urtheile großer
Anerkennung abgegeben worden. Das Geläut
wurde auch seitens der Ausstellungsgesellschaft
gepriesen. Die Zeichnungen zu den drei Wappen auf den
Vorderflächen der Glocken sind dem heraldischen
Werke des Freiherrn von Witzack, Oberhof-
meisters der Kaiserin, entnommen. Die Kränze
sind vom Bildhauer Professor R. Fuchs in Köln
nach seinen eigenen Entwürfen modellirt. Die
Glocken zeigen auf der Vorderseite die Namen
und Wappen der Donatoren, des Kaisers, der
Kaiserin und des Kronprinzen, sowie Namen,
Todesstag, Hochzeitstag und Geburtstag der Kai-
serin Augusta mit dem entsprechend vertheilten
lateinischen Motto der Glocke und mit Bibel-
sprüchen. Die Rückseiten tragen gleichmäßig die
Inschrift: „Der Gnadenkirche in Berlin ge-
widmet im Jahre des Herrn 1894. Geg. in der
Fabrik des Bochumer Vereins für Bergbau und
Gnadenfabrikation in Bochum, Westfalen.“

Die drei Glocken haben die Tonfolge B—Des-
-Fis, einen Durchmesser von 1885, 1570 und
1385 Millimeter und mit Zuhilfenahme ein Gesamt-
gewicht von 6800 Kilogramm.

Glatz, 30. März. Zum Besuch eines der
gefangenen französischen Offiziere ist ein Bruder
desselben hier anwesend. Die Mutter und Gattin
des Gefangenen werden ebenfalls erwartet. Am
Mittwoch hat ein Gottesdienst für die Gefangenen
stattgefunden.

Heidelberg, 30. März. Der Holzhändler
Gehrein, Theilhaber der falliten Firma „Gehrein
Gehrein“ in Maximiliansau, wurde im Stadt-
wald erhängt aufgefunden.

Schiffsnachrichten.

London, 30. März. Die deutsche Bark
„Mantel“, von Penafcola nach Amsterdam unter-
wegs, lief mit einem schweren See in den Hafen
von St. Michael ein.

Börsen-Berichte.

Börsen, 30. März. Spiritus loco ohne
Faß 60r 46,90, do. loco ohne Faß 70r 27,40,
Belaupat. — Wetter: Schön.

Magdeburg, 30. März. Zuckerbericht.
Kommoder exll., von 92 Prozent —, neue
13,70. Kommoder exll. 88 Prozent Rendement
—, neue 13,05. Nachprodukte exll. 75 Prozent
Rendement 10,15. Rübsen. Brod-Raffinade I.
—, Brod-Raffinade II. —, Gemischte
Raffinade mit Faß 25,25. Gemischte Weiß I.
mit Faß —. Rübsen. Kommoder I. Produkt
Extrakt f. a. S. Hamburg, per März 12,82 1/2
bez. u. B., per April 12,75 G., 12,80 B.,
per Mai 12,80 bez., 12,82 1/2 B., per Juni 12,85
G., 12,90 B. — Rübsen.
Wochenumsatz im Rohzucker-Geschäft 26 000
Zentner.

Wien, 30. März. Nachm. 1 Uhr. Ge-
treidemarkt. Weizen alter hiesiger loco
15,50, do. neuer hiesiger 14,50, fremder loco
16,25. Roggen hiesiger loco 12,50, do. fremder
15,00. Hafer alter hiesiger loco —, do.
neuer hiesiger 15,50, fremder 15,25. Mais I
loco 47,50, per Mai 47,50, per Oktober 47,30 G.
— Wetter: Schön.

Hamburg, 30. März. Vormittags 11 Uhr.
Kaffee. (Vormittagsbericht.) Good average
Santos per März 83,75, per Mai 82,75,
per September 78,75, per Dezember 74,25. —
Belaupat.

Hamburg, 30. März. Vormittags 11 Uhr.
Zuckermarkt. (Vormittagsbericht.) Alben-
rozynder I. Produkt Basis 88 pSt. Rendement
neue Usance frei an Bord Hamburg per
März 12,82 1/2, per Mai 12,80, per August
12,97 1/2, per Oktober 12,27 1/2. Rübsen.

Wien, 30. März. Getreidemarkt.
Weizen per Frühjahr 7,47 G., 7,49 B.,
per Mai-Juni 7,50 G., 7,52 B., per Herbst 7,72
G., 7,74 B. Roggen per Frühjahr 6,08 G.,
6,10 B., per Mai-Juni 6,18 G., 6,20 B.
Mais per Mai-Juni 5,45 G., 5,47 B.
Hafer 7,35 G., 7,37 B.

Glatz, 30. März. Vormittags 11 Uhr
6 Minuten. Rohheisen. Misch münders
warrants 43 Sh. 1 1/2 d. Fest.

Newyork, 29. März. Abends 6 Uhr.
Warenbericht. Baumwolle in New-
york 7 1/4, do. in New-Orleans 7,25. Petro-
leum träge. Standard white in Newyork 5,15,
do. Standard white in Philadelphia 5,10. Rohes
Petroleum in Newyork 6,00, do. Pipe line certifi-
cates per April 81,50. Schmalz Western
steam 7,62, do. (Rohes u. Broches) 7,77. Mais
per März 46,50, per April 45,00, per Mai 42,75.
Rother Winterweizen 63,75. Weizen
per März 62 1/2, per Mai 63 1/2, per Juli 65 1/2,
per Dezember 70 1/2. Getreidefracht nach Liver-
pool 2,25. Kaffee fair Rio de 7 1/2, 17,50,
do. per April 16,32, per Juni 15,80. Wehl
(Spring clear) 2,25. Zucker 2 1/2. Kupfer
loco 9,75.

Chicago, 29. März. Weizen per März
58,50, per Mai 60,00. Mais per März
36 1/2. Speck short clear nom. Port per März
11,45.

Telegraphische Depeschen.

Krakau, 30. März. Die Rosinskis-Feier-
lichkeiten haben heute Vormittag ihren Anfang
genommen. Im Beisein sämtlicher Mitglieder
des Rosinskis-Vereins, zahlreicher Subenten und
unter Theilnahme eines großen Publikums fand
in der lateranischen Kapelle der Kapuzinerkirche
die Einsegnung einer Gedenktafel statt.

Belgrad, 30. März. In Gorahitsch wurde
der Präsident des fortschrittlichen Partei-Kongresses
durch einen Radikalen erschossen. Die Regierung
ordnete die strengste Untersuchung an.

London, 30. März. „Daily News“ meldet
aus Konstantinopel, daß der Sultan zwei Ver-
trauensmänner nach Egypten abgeordnet habe, um
die Unterhandlung gegen eine geheime Gesellschaft
zu führen, welche sich dort gebildet hat, um gegen
England und die Souveränität des Sultans zu
agitieren.

Die liberale Vereinigung zu Numeaton hat
in ihrer gestrigen Jahresversammlung eine Reso-
lution zu Gunsten der Abschaffung der Lord-
kammer angenommen.

Wetterausichten

für Sonntag, den 31. März.
Trockenes, warmes Wetter mit mäßigen
föhnigen Winden und etwas zunehmender Be-
wölkung.

Wasserstand.

Am 29. März. Elbe bei Aufßig + 1,18
Meter. Elbe bei Dresden + 0,14 Meter. —
Elbe bei Magdeburg + 2,37 Meter. —
Ansprung bei Straßfurt + 1,12 Meter. —
Oder bei Breslau, Oberpegel + 5,09 Meter,
Unterpegel + 0,58 Meter. Oder bei Frankfurt
+ 3,01 Meter. Oder bei Ratibor + 1,66
Meter. — Weichsel bei Thorn + 2,04 Meter. —
Wartbe bei Josen + 2,56 Meter. — Am
24. März: Nege bei Ußig + 2,34 Meter.

Bank-Papiere.

Dividende von 1892.
Bank f. Spirit 194,204
N. Brod. 3% 70,000
Berl. G. 8% 128,500
do. 8% 128,500
Bresl. Disc. 141,100
Bresl. 4 1/2% 102,900
Darmst. 2 1/2% 166,000
Deutsche 8% 112,500
Dtsch. Gen. 6% 112,500

Gold- und Papiergeld.

Dulanten per St. 9,705
Sonderpreis 20,435
20 Frs. St. 16,235
Gold-Dollars —

Bank-Discont.

Reichsbank 3 Monate 3 1/2%
Reichsbank 6 Monate 4%
Reichsbank 9 Monate 4 1/2%
Reichsbank 12 Monate 5%
Reichsbank 15 Monate 5 1/2%
Reichsbank 18 Monate 6%
Reichsbank 21 Monate 6 1/2%
Reichsbank 24 Monate 7%

Warenmarkt.

Amsterdam 8 T. 2 1/2% 163,106
do. 2 M. 2 1/2% 163,106
do. 1 M. 2 1/2% 163,106
do. 3 Monate 2 1/2% 163,106
do. 6 Monate 2 1/2% 163,106
do. 9 Monate 2 1/2% 163,106
do. 12 Monate 2 1/2% 163,106
do. 15 Monate 2 1/2% 163,106
do. 18 Monate 2 1/2% 163,106
do. 21 Monate 2 1/2% 163,106
do. 24 Monate 2 1/2% 163,106

Industrie-Papiere.

Bredow, Zuckerfabr. 3% 300,000
Heinrichsberg 10% 140,100
Guthrie & Co. 5% 147,750
Münchh. 5% 118,700
Münchh. 4% 118,700
Münchh. 3% 118,700
Münchh. 2% 118,700
Münchh. 1% 118,700
Münchh. 0% 118,700
Münchh. -1% 118,700
Münchh. -2% 118,700
Münchh. -3% 118,700
Münchh. -4% 118,700
Münchh. -5% 118,700
Münchh. -6% 118,700
Münchh. -7% 118,700
Münchh. -8% 118,700
Münchh. -9% 118,700
Münchh. -10% 118,700
Münchh. -11% 118,700
Münchh. -12% 118,700
Münchh. -13% 118,700
Münchh. -14% 118,700
Münchh. -15% 118,700
Münchh. -16% 118,700
Münchh. -17% 118,700
Münchh. -18% 118,700
Münchh. -19% 118,700
Münchh. -20% 118,700

Industrie-Papiere.

Bredow, Zuckerfabr. 3% 300,000
Heinrichsberg 10% 140,100
Guthrie & Co. 5% 147,750
Münchh. 5%

Miethsgesuche.

Wohnungsgesuch.

Eine Wohnung von 7 Zimmern mit Wasserleitung und elektrischer Beleuchtung z. 1. Juli oder 1. Oktober gesucht. Offert unter **N. 27** der Exped. d. Bl., Kirchplatz 3, erbeten.

